

Straßenausbaubeiträge sollen fallen.

Finanzierung soll durch höhere Grundsteuer B gewährleistet werden

Hinsichtlich der Straßenausbaubeiträge zeichnet sich für Wolfsburg eine Lösung ab. Demnach sollen die Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden. Durch eine erhöhte Grundsteuer B soll die Finanzierung von entsprechenden Sanierungsarbeiten gewährleistet werden. Das ist die Empfehlung eines interfraktionellen Arbeitskreises bestehend aus den Ratsfraktionen, Interessenverbänden wie Haus & Grund sowie der Siedlergemeinschaft Wolfsburg. "Uns war es besonders wichtig, dass wir solch eine Entscheidung auf eine breite politische Basis stellen. Das ist uns gelungen", erklärte Stadtbaurat Kai-Uwe Hirschheide.

Dem Rat der Stadt Wolfsburg hatten im Jahr 2019 interfraktionelle Anträge zur Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung vorgelegen. Daraufhin hatte der Verwaltungsausschuss im November 2019 im Rahmen eines Moratoriums beschlossen, für 2020 und 2021 alle Straßenausbauarbeiten zurückzustellen, für die entsprechende Beiträge erhoben hätten werden müssen. Außerdem sollte für bereits umgesetzte Projekte auf die Erhebung von Beiträgen zunächst verzichtet werden.

Daraufhin wurde ein Arbeitskreis bestehend aus Verwaltung, Politik und weiteren Vertretern gebildet, um alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Diese traf sich erstmals Anfang März 2020. Nach mehreren Sitzungen kam die Gruppe zu der Empfehlung, die Straßenausbaubeitragssatzung abzuschaffen und die Finanzierung dieser Vorhaben künftig durch die Erhöhung der Grundsteuer B zu gewährleisten.

Dem Rat der Stadt soll in der zweiten Jahreshälfte das Ergebnis zur Entscheidung vorgelegt werden.

Pressekontakt: Kommunikation, Ralf Schmidt, Telefon (05361) 28-1635

Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 15.07.2020, Seite 10

Wolfsburg will Straßenausbaubeiträge abschaffen

Empfehlung eines Arbeitskreises: Straßensanierungen sollen durch eine Erhöhung der Grundsteuer B finanziert werden

Wolfsburg. In der Diskussion über die umstrittenen Straßenausbaubeiträge zeichnet sich in Wolfsburg eine Lösung ab. Die Straßenausbaubeiträge sollen abgeschafft und die notwendigen Sanierungsarbeiten durch eine erhöhte Grundsteuer B finanziert werden, teilte die Stadt am Dienstag mit. Eine entsprechende Empfehlung habe ein interfraktioneller Arbeitskreis bestehend aus den Ratsfraktionen, Interessenverbänden wie Haus & Grund sowie der Siedlergemeinschaft Wolfsburg gegeben.

„Uns war es besonders wichtig, dass wir solch eine Entscheidung auf eine breite politische Basis stellen. Das ist uns gelungen“, sagte Stadtbaurat Kai-Uwe Hirschheide.

[Dem Rat der Stadt Wolfsburg hatten im Jahr 2019 interfraktionelle Anträge zur Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung vorgelegen.](#) Daraufhin hatte der Verwaltungsausschuss im November 2019 im Rahmen eines Moratoriums beschlossen, für 2020 und 2021 alle Straßenausbauarbeiten zurückzustellen, für die entsprechende Beiträge fällig geworden wären. Außerdem sollte für bereits umgesetzte Projekte auf die Erhebung von Beiträgen zunächst verzichtet werden. Daraufhin wurde ein Arbeitskreis bestehend aus Verwaltung, Politik und weiteren Vertretern gebildet, um alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Diese Gruppe traf sich erstmals Anfang März 2020. Nach mehreren Sitzungen kam der Arbeitskreis zu der Empfehlung, die Straßenausbaubeitragssatzung abzuschaffen und die Finanzierung dieser Vorhaben künftig durch die Erhöhung der Grundsteuer B zu gewährleisten.

Dem Rat der Stadt soll in der zweiten Jahreshälfte das Ergebnis zur Entscheidung vorgelegt werden.

Straßenausbaubeiträge sollen fallen

Im Gegenzug will die Stadt die Grundsteuer B erhöhen.

Wolfsburg. Hinsichtlich der Straßenausbaubeiträge zeichnet sich für Wolfsburg eine Lösung ab. Demnach sollen die Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden. Durch eine erhöhte Grundsteuer B soll die Finanzierung von entsprechenden Sanierungsarbeiten gewährleistet werden. Das ist die Empfehlung eines interfraktionellen Arbeitskreises, bestehend aus den Ratsfraktionen, Interessenverbänden wie Haus & Grund sowie der Siedlergemeinschaft Wolfsburg. „Uns war es besonders wichtig, dass wir solch

eine Entscheidung auf eine breite politische Basis stellen. Das ist uns gelungen“, wird Stadtbaurat Kai-Uwe Hirschheide in einer Mitteilung zitiert.

Dem Rat der Stadt Wolfsburg hatten im Jahr 2019 interfraktionelle Anträge zur Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung vorgelegen. Daraufhin hatte der Verwaltungsausschuss im November 2019 beschlossen, für 2020 und 2021 alle Straßenausbauarbeiten zurückzustellen, für die entsprechende Beiträge erhoben hätten werden müs-

sen. Außerdem sollte für bereits umgesetzte Projekte auf die Erhebung von Beiträgen zunächst verzichtet werden. Ein Arbeitskreis bestehend aus Verwaltung, Politik und weiteren Vertretern erarbeitete daraufhin alternative Finanzierungsmöglichkeiten. Die Gruppe kam zu der Empfehlung, die Straßenausbaubeitragssatzung abzuschaffen und die Finanzierung dieser Vorhaben künftig durch die Erhöhung der Grundsteuer B zu gewährleisten. Der Rat der Stadt soll in der zweiten Jahreshälfte entscheiden. *red*

11:22 Uhr 07.10.2019

[Stadt Wolfsburg](#)

Antrag Forderung: Straßenausbaubeiträge abschaffen

FDP, SPD, Linken & Piraten stellen einen gemeinsamen Antrag, um für Wolfsburg eine weitreichendere Lösung zu erarbeiten. „Die Unterhaltung von Straßen ist kommunale Kernaufgabe und darf nicht auf Bürger abgewälzt werden“, so FDP-Fraktionsvorsitzende Kerstin Krumm.

Wolfsburg

Straßenausbaubeiträge müssen abgeschafft und nicht nur abgemildert werden, da sind sich Wolfsburgs Politiker von FDP, SPD, Linke & Piraten einig. Die landesweite Regelung, Bürgern großzügigere Stundungs- und Ratenzahlungsmöglichkeiten als bisher einzuräumen, reiche nicht aus. Interfraktionell wurde nun die Forderung erhoben, für Wolfsburg eine weitreichendere Lösung zu erarbeiten.

Forderung: Straßenausbaubeiträge sollen ausgesetzt werden

„Die Unterhaltung von Straßen ist kommunale Kernaufgabe und darf nicht auf die Bürger abgewälzt werden. Straßenausbaubeiträge sind ungerecht und unsozial. Sie belasten vor allem junge Familien und ältere Menschen“, sagt die FDP-Fraktionsvorsitzende Kristin Krumm. Deshalb fordern FDP, SPD, Linke & Piraten gemeinsam ein Moratorium.

Konkret heißt das: Die Straßenausbaubeiträge, die die Stadt Wolfsburg erhebt, sollen ausgesetzt werden bis eine alternative Finanzierungsmöglichkeit gefunden ist. Für Kristin Krumm ist auch ein Argument, dass die Beiträge nicht nur Vorteile für die Kommunen haben. „Die Beiträge bringen nicht nur Einnahmen, sondern auch einen enormen Verwaltungsaufwand. Ein Drittel der Kommunen hat sie deshalb bereits abgeschafft.“

Bürger und Verwaltung würden so entlastet werden

„Nicht nur die Bürger werden erheblich entlastet, sondern auch die Verwaltung“, betont auch Bastian Zimmermann, Fraktion Linke&Piraten.

Nach dem niedersächsischen Kommunalabgabengesetz darf die Stadt Wolfsburg für den Ausbau öffentlicher Straßen, Wege, Plätze, selbstständiger Parkflächen und Grünanlagen Beiträge von anliegenden Haus- und Grundbesitzern erheben. Die Höhe der Beiträge richtet sich nach den anfallenden Ausbaukosten und der Menge derer, auf die diese Kosten umgelegt werden können. Und das kann teuer werden. Aktueller Streitfall in Wolfsburg: die Außenanlage der Kita in Hehlingen. Dort plant die Verwaltung, die Anwohner an den Kosten für die Parkplätze und die Zuwegung finanziell zu beteiligen.

07:00 08.06.2019

[Der Norden](#)

Straßenausbaubeiträge Wer zahlt für die kaputte Straße? Bürger in Niedersachsen wehren sich

Bisher müssen vielerorts Anwohner für die Kosten aufkommen, wenn Straßen saniert werden – doch nun geht eine Allianz von Verbänden auch vor Gericht dagegen vor. Sie fordern die landesweite Abschaffung der umstrittenen Straßenausbaubeiträge.

Hannover

Der Widerstand gegen die Straßenausbaubeiträge in Niedersachsen wird immer größer. Neben den zahlreichen Bürgerinitiativen hat sich jetzt eine Allianz von Verbänden gebildet, die Front macht gegen die umstrittene Anwohnerabgabe. Steuerzahlerbund, Haus & Grund, Deutscher Mieterbund, Verband Wohneigentum und Landesbauernverband fordern eine umfassende Reform bei der Finanzierung kommunaler Straßensanierungen – und haben bereits erste Klagen eingereicht.

Die rot-schwarze Landesregierung will zwar die teilweise hohen Beitragslasten der Straßenanlieger senken. Doch die geplante Gesetzesänderung bei den Kommunalabgaben, die im Juni vom Landtag beschlossen werden soll, geht der Allianz nicht weit genug. Der Vorsitzende des Steuerzahlerbundes, Bernhard Zentgraf, sprach von einem „faulen Kompromiss“. Der Landtag wolle sich vor „einer grundlegenden Lösung des Problems drücken“.

Koalition will Kommunen mehr Spielraum geben

Die Koalition will den Kommunen mehr Spielräume zur Stundung der Beitragsforderungen von teilweise mehreren Zehntausend Euro geben. Eck- und Großgrundstücke können günstiger werden, die Gemeinden können künftig einen höheren Eigenanteil bei der Finanzierung des Straßenbaus einsetzen. Die Kommunalverbände unterstützen diese Reformpläne, wollen aber an den Beiträgen grundsätzlich festhalten.

Zentgraf sprach von punktuellen Erleichterungen, die nicht weiterhelfen würden. „Die Eigentümer bleiben der Willkür der Verwaltung und der Kommunalpolitik ausgesetzt.“ Die Beiträge würden in der Gesellschaft immer weniger akzeptiert, weil Straßen von allen und nicht nur von den Anliegern genutzt würden. Zentgraf forderte, die Straßensanierung aus Steuergeld zu bezahlen. „Die Kassen sind voll.“

Eigentümer: Gemeinden wälzen Kosten auf Bürger ab

Hans Reinold Horst, Verbandschef von Haus & Grund, beklagte, dass die Gemeinden allzu oft die „vernachlässigte Instandhaltungspflicht“ auf die privaten Eigentümer abwälzten. „Damit werden öffentliche Aufgaben, die ohnehin schon durch Abgaben, Gebühren, Beiträge und Steuern finanziert wurden, den Bürgern erneut privat in Rechnung gestellt.“ Der Verband Wohneigentum bemängelt, dass die Gemeinden mit dem Gesetzentwurf nicht zu konkreten Erleichterungen für Beitragszahler verpflichtet werden.

Der Mieterbund warnte davor, dass die Kommunen die Grundsteuern erhöhen könnten, wenn es keine klaren Regelungen bei den Straßenausbaubeiträgen gebe. „Die Mieter wissen ebenfalls nicht woran sie sind“, erklärte Justiziar Reinold von Thadden. Der Landesbauernverband merkte an, dass die Belastung durch die Beiträge in ländlichen Gemeinden häufig ungerecht hoch sei, wo landwirtschaftlich genutzte Grundstücke und Wohngrundstücke nebeneinander lägen.

Verband klagt beim Oberverwaltungsgericht gegen die „Strabs“

Die Verbände rügten zudem, dass sie nicht zu einer mündlichen Anhörung über den Gesetzentwurf im Innenausschuss des Landtags eingeladen wurden. Zentgraf sprach von „schlechtem Stil“. Der Verband Wohneigentum hat nach eigenen Angaben beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg Klage gegen die sogenannten wiederkehrenden Ausbaubeiträge eingereicht. Zudem soll der Europäische Gerichtshof prüfen, ob die Beiträge mit Europarecht vereinbar sind, da sie nur in Deutschland und Dänemark erhoben werden.